

Kommentar

Alexandra Riegler

Aus Schmäh wird Schmach



Der Herr Sekretär des „Seniorenclubs“ und Pezi Bär (der mit dem Großvater) laden zum Forschungsringelreihen. Sollte man meinen. „Die Kantine ist wirklich gut“, heißt es da. Und: „Es gibt auch eine Tischtennishalle.“ Man spricht im fernen New York von Seibersdorf, dem Heimathafen der Austrian Research Centers, der beinahe nicht zu diesem geworden wäre, weil man den Reaktor in Oberlaa hinstellen wollte. Wodurch sich das Badewasser leichter erhitzen hätte lassen. Einzig dieser Schmäh saß

locker, man lachte mit dem Redner, nicht über ihn. Zu entkräften, dass in Seibersdorf doch nicht alles ist, wie es medial beschrieben wird, schlägt nicht nur einfach fehl. Der Auftritt vor den im Ausland forschenden Österreichern, viele davon willig zur Rückkehr, gerät zum lächerlichen Versuch, etwas auf die leichte Schulter zu nehmen, was dort längst keinen Platz mehr hat. Doch zurück zum Inhalt. So erfährt man, dass in Seibersdorf Interdisziplinarität stark gelebt wird. „Es treffen sich alle auf dem Weg in die Kantine.“ Wer meint, ein Elite-Uni-Campus würde nach komplizierten Rezepten entstehen, irrt: Die Kantine ist das Forschungszentrum. Und auch der Rest scheint State of the Art. So geht es etwa derart international zu, dass man inzwischen „eine Engländerin“ zählt. Während sich die hinteren Reihen ihr Lachen kaum mehr verbeißen können, wird nachgelegt. Ein Dissertant sei „sogar aus den USA“, heißt so viel wie: sich kleiner machen als man ist, direkt aus dem Lehrbuch. Die Zuhörer, schick verstaubt auf halber Höhe zwischen Wolkenkratzen in Midtown Manhattan, erfahren das Wichtigste gegen Ende: „Dass auch die Wissenschaft nicht zu kurz kommt bei uns.“ Dann dürfte ja doch noch alles gut werden.

Beatrix Beneder

Erben muss sich wieder lohnen



Wir sind die Erbesgesellschaft – noch nie ist so viel an Vermögen weitergegeben worden. Auf dem Podest der reichsten Österreicher stehen (aus steuerrechtlichen Gründen) eingebürgerte deutsche Erben: Porsche, Flick, Herten. Also stimmt es: Alles, was man nicht ererbt oder erheiratet hat, muss man sich erarbeiten. Um sich den dafür nötigen Biss zu bewahren, raus aus der sozialen Hängematte, nix da mit Grundeinkommen, das soll nur den Leistungsanreiz zerstören. Wie motiviert sich eigentlich ein Spross aus dem Meinl- oder Swarovski-Clan, um – wenn schon nicht im Schweiß seines Angesichts – zumindest durch Charity etwas zum Gemeinwohl beizutragen? Um die Wahlklientel potenzieller Erben noch besser zu bedienen – Stiftungen sind ja nur eine Sparform der oberen Zehntausend –, will die ÖVP 2008 die Erbschaftssteuer abschaffen. Weil „alle“ davon profitieren. Wem der Sinn nach politischem Harakiri steht, der fordere im Gegenzug, allein der Staat möge erben und dann umverteilen, schließlich sei ein Erbe ein ungerechtfertigter Startvorteil. Haben die einen nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, starten andere mit einem Rucksack von Tausenden oder mehr Euro ins Berufsleben. Leider ist der Staat vom Ideal der Gerechtigkeit oft weiter entfernt als von der Praxis der Bestechung und des Betrugs. Wer im Wahlkampf von Chancengleichheit spricht, darf vor den ungerechtfertigten Erbschaftsprivilegien einer wohlhabenden Geburt nicht die Augen verschließen. Die Erbschaftssteuer soll reformiert – geringere Erbvermögen kosten weniger, höhere mehr Steuern –, nicht abgeschafft werden. Vielleicht denkt dann wieder jemand an den Vater, der einem die schönen Haare, und an die Mutter, die einem die schönen Zähne vererbt hat.

Die Strategie der Breite

Im Forschungsdialog fehlt bisher ein entscheidendes Thema: die Bündelung der derzeit auf vier Ministerien aufgeteilten Innovationspolitik.

Christoph Huber

Das Wissenschaftsministerium lädt zum Forschungsdialog. Dort weiß man nämlich noch, was Demokratie bedeutet und wie man sie in der Gegenwart umsetzt: Auf der Internet-Seite <http://umfrage.forschungsdialog.at> kann jeder noch bis 10. November 2007 fünf Themen anklicken, die ihm besonders wichtig erscheinen. „Wir alle gestalten Österreichs Zukunft im globalen Forschungsraum“, heißt es da. Klingt wie ein Versprechen, das man auch halten will: Das Ergebnis der Umfrage soll tatsächlich am Ende genauso wie das Fazit zahlreicher Diskussionsveranstaltungen in die Entwicklung einer neuen Innovationsstrategie einfließen. Während der Technologiegespräche in Alpbach 2008 soll sie präsentiert werden. Schön.

Doch gibt es nicht schon ein ganz ähnliches Papier? Hat nicht der Rat für Forschung und Technologieentwicklung schon eine *Strategie 2010* präsentiert? Wie soll sich das neue Papier von jenem des Rats unterscheiden? Ist es eine Ergänzung oder vielleicht mehr als das – ein Ersatz, um das kleine Österreich im großen Wettbewerb der Standorte noch schneller und noch besser positionieren zu können? Ist der österreichischen Regierung

etwa die *Strategie 2010* zu wenig Strategie? Fragen, die sich die Forschungscommunity seit Wochen stellt. Während man nach der Antwort sucht, wird wieder einmal klar, dass es doch recht viele Einzelinitiativen in der auf vier Ressorts – Wissenschafts-, Infrastruktur-, Wirtschafts- und Finanzministerium – verteilten Innovationspolitik gibt.

Fehlender Durchblick

Mitunter fehlt Beobachtern der Durchblick angesichts der Vielzahl. Es ist auch kaum mehr zuordenbar, welches Ressort für welche Initiative verantwortlich ist. Beispiel Frauenförderung: F-Forte ist ein Programm von Wissenschafts-, Infrastruktur-, Wirtschafts- und Unterrichtsministerium; die dazugehörige Gründerinneninitiative WF-Forte stammt vom Wirtschaftsministerium (BMWA), das F-Forte-Coaching kommt wiederum vom Wissenschaftsressort (BMWF). Die Initiative „Femtech-Expertin des Monats“ wurde im Infrastrukturministerium (Bmvit) geboren.

Natürlich muss man angesichts des wichtigen Themas – Österreich besitzt noch immer einen recht mageren Frauenanteil in der Forschung – sagen: Besser viele Programme dank mehrerer Geldtöpfe als zu wenig Förderung. Aber würde eine Bündelung von Mitteln und Pro-

grammen nicht mehr Effizienz bringen? Anderes Beispiel: Weiß ein Forscher, der sich mit Informationstechnologie beschäftigt, wohin er sich wenden kann, wenn er um Förderung ansuchen will? An die Forschungsförderungsgesellschaft FFG, die im Auftrag von BMWA und Bmvit anwendungsorientierte Forschung fördert? Oder soll er bei Preisen der Ministerien einreichen? Oder beides? Oder kann er vom Wissenschaftsfonds FWF Geld erwarten, wenn er sich auch um Grundlagen bemüht? Und gibt es nicht allein in der FFG schon unzählige Programme, die die „richtigen“ sein könnten?

Zum Glück gibt es dort Berater, die den Weg weisen. Kein Wunder dennoch, dass alle mit Innovationspolitik befassten Ministerien sich nun endlich zu einer Evaluierung der diversen Förderrichtlinien entschlossen haben. Der Programm-Urwald muss durchforstet werden.

Der Forschungsdialog wird wohl kein Pendant durch ähnliche Dialogveranstaltungen anderer Ministerien bekommen. Man kann gespannt auf die Ergebnisse sein und wie diese umgesetzt werden. Alleine ein wirklich entscheidendes Thema kommt im Katalog der durch Klick anzukreuzenden Problemfelder bisher nicht vor: Bündelung der Förderkompetenzen in ein bis zwei Ministerien.

Karikatur der Woche



Zeichnung: Kilian Kada